

ATOMWENDE IN DEUTSCHLAND?

Wenn das Denken ausser Kontrolle gerät

Sieben Atommeiler sind vom Netz, zwei wurden dauerhaft abgeschaltet: Keine Regierung hat so schnell auf Fukushima reagiert wie die deutsche. Aber wie dauerhaft ist der Kurswechsel?

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT

Auch wenn sich die CDU wider Erwarten bei der baden-württembergischen Landtagswahl erneut an die Regierung mogeln kann, bleibt die Erkenntnis: Die Bundesregierung von Angela Merkel und vor allem ihre Union sind seit der Atomkatastrophe in Japan durch den Wind. Sie haben auf der nach oben offenen Unglaubwürdigkeitsskala einen neuen Spitzenwert erreicht. Es herrscht Konfusion, nicht Kalkül. So steckt hinter dem dreimonatigen Moratorium auch kein fieser Plan nach dem Motto: Wir überprüfen jetzt alle AKWs, und wenn sich alle beruhigt haben und die Landtagswahlen überstanden sind, machen wir weiter. Denn zu einem Plan gehören Entschlossenheit und ein Ziel. Momentan spricht viel dafür, dass die Kanzlerin selbst noch nicht weiss, ob sie mit dem Moratorium die Atomenergie retten oder überwinden will.

Die aktuelle Regierungspolitik scheint das Ergebnis purer Überforderung zu sein. Denn es gibt ja auch noch andere gewaltige Probleme: den Konflikt in Libyen, den Aufstand in den arabischen Staaten, Staatsverschuldungen, Eurokrise, unkontrollierbare Finanzmärkte. Können politische Apparate unter den Anforderungen von Demokratien solche Komplexitäten überhaupt verarbeiten?

Vergangenen Herbst hatten die Kanzlerin, Teile der FDP und grosse Teile der Union mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus als Einpeitscher eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke durchgesetzt – gegen den breiten Widerstand in der Bevölkerung und unter einem ungewöhnlich massiven öffentlichen Druck der Atomlobby. Kurz vor der Katastrophe offenbarten sich die Regierenden damit als Atomkrafthardliner; dazu passt, dass seit Ende 2009 ein bekannter Atomlobbyist Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Umweltministerium ist.

Das Unmögliche verändert die Lage

Und nun die Katastrophe. Wie reagiert die Kanzlerin? Merkel spricht von einer «Zäsur», von einem «Weltereignis». Die «Süddeutsche Zeitung» zitiert zwei Merkel-Vertraute. Der eine sagt: «Mit den Ereignissen ist für die Kanzlerin eine Welt zusammengebrochen.» Und der andere: «Dass so eine Atomkatastrophe in einem Hochtechnologieland wie Japan passieren konnte – das hat sie einfach nicht für möglich gehalten.» Sie selbst sagt oft, es sei etwas «Unfassbares» geschehen. Und: «Wenn wie in Japan das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde, dann verändert das die Lage.»

Aus diesem Reden folgt zweierlei: Diese Kanzlerin hat tatsächlich geglaubt, Atomkraftwerke seien sicher. Vermutlich hat sie sogar ge-

Die Denkwelt der Kanzlerin ist tatsächlich zusammengebrochen.

glaubt, dass sie es sicher weiss. Ein Restrisiko gab es für die deutsche Kanzlerin nicht. Ihre Denkwelt ist tatsächlich zusammengebrochen. Das wirft die Frage auf, wie viel Naivität in einem Kanzleramt zu Hause sein darf. Sicher, hochindustrialisierte Staaten verfügen möglicherweise über beste Techniken. Aber sie sind kapitalistisch organisiert, sodass Sicherheit immer eine abgeleitete Grösse der Gewinnkalkulation ist. Ob FinanzinvestorInnen oder Energiekonzerne: Mögliche Kernschmelzen schrecken ZockerInnen nicht, solange sie zulasten der Gesellschaften gehen. Sogar in der politisch konservativ gewordenen «Zeit» steht: «Restrisiko und Profit sind aneinander gekoppelt, das eine steigt mit dem anderen.» Leider pflegt nicht einmal die deutsche Linkspartei diesen bedeutenden antikapitalistischen Aspekt der Atomkraftdebatte.

Merkel äussert sich in ihrer Erschütterung so existenziell, dass ihren Worten grundsätzliche Taten folgen müssten. Aber sie handelt so, als ginge es um die Festlegung von Pflegesätzen im Gesundheitssystem: Es gibt ein billiges Moratorium. Das Angebot der Sozialdemokratie, parteienübergreifend über ein Energiekonzept zu verhandeln, lehnt sie rüde ab.

Gehirnwäsche bei der Union?

Dieses Nichtzusammenpassen von Tun und Reden zeigt sich überall. Eine Technik, die keinen Fehler verzeiht, darf nicht angewandt werden – das Anreden gegen diese letztlich einfache Erkenntnis gerät allen KoalitionsrednerInnen zu einem geistigen GAU. So werfen in einer Bundestagsdebatte PolitikerInnen der Regierungsparteien der heutigen rot-grünen Opposition Versagen vor – denn sie hätte in ihrer Regierungszeit viel zu zaghaft die Energiewende weg von der Atomkraft betrieben. Selbst die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» stellt daher die Frage, ob sich die Unionsabgeordneten einer «Gehirnwäsche» unterzogen hätten. Was ebenfalls auffällt: Es gibt niemanden in der Union, der aus einem christlichen Verständnis heraus die Atomkraft infrage stellt, der also das Bild vom Menschen problematisiert, der Technik und Natur zu beherrschen sich anmasst. Lediglich Norbert Röttgen, Umweltminister in Merkels Kabinett, vertritt eine halbwegs konsistente Position: Er ist für einen schnelleren Ausstieg und bleibt dabei glaubwürdig.

Die regierende Union in Deutschland hat ihr Denken noch nicht wieder unter Kontrolle. In politisch ruhigeren Zeiten könnte das durchaus gelassen als positive Irritation verbucht werden. Was jedoch ebenfalls stimmt: Eine Kanzlerin, die ihre Irritation zeigt, beruhigt – jedenfalls mehr als die vielen, die unerschüttert weitermachen wollen.